

Albanien

Tobias Flessenkemper*

Am 27. Juni 2018 gab der Rat der Europäischen Union Albanien ein „Datum für ein Datum“ für den Beginn der Beitrittsverhandlungen im Juni 2019. Die von der Sozialistischen Partei (SP) mit Edi Rama als Ministerpräsidenten durch die Wahlen vom Juni 2017 bestätigte Regierung profitiert von der im regionalen Vergleich stabilen, aber weiterhin von starker Polarisierung gekennzeichneten, innenpolitischen Lage. Die pan-albanische nationale Rhetorik von Edi Rama führte zu einer wachsenden Verschränkung der Politik Albaniens mit den Dynamiken im post-jugoslawischen Raum.

EU-Integration

Neben dem seit 2009 bestehenden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) strukturieren die 2014 vom Rat gesetzten Bedingungen für den Kandidatenstatus die EU-Integration. Die Regierung Albaniens verpflichtete sich in fünf Bereichen („EU-Prioritäten“), Justiz- und Verwaltung, Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung und Menschenrechtsschutz, besonders für Minderheiten, intensiv an Reformen zu arbeiten. Von vorrangiger Bedeutung ist die Justizreform. Ihre Umsetzung war entscheidend für die Empfehlung für einen Beginn der Beitrittsverhandlungen, die erstmalig im November 2016 ausgesprochen und im Länderbericht vom April 2018 von der Kommission wiederholt wurde.¹ Neben rechtlichen Anpassungen hat Albanien eine umfassende und ausnahmslose Überprüfung aller Richter und Staatsanwälte beschlossen. Das von internationalen Experten begleitete „vetting“ ist offensichtlich erfolgreich. Allein die Ankündigung der Überprüfung von Vermögensverhältnissen führte zum freiwilligen Amtsverzicht zahlreicher prominenter Juristen.² Dieses Verfahren ist weitreichender als in den von der Kommission in ihrer Erweiterungsstrategie bezeichneten „front runner“-Ländern Montenegro und Serbien. In Folge der Fortschritte erwartete Albanien von der Ratsitzung im Juni 2018 ein eindeutiges Signal für die zügige Aufnahme der Beitrittsverhandlungen. Dank der Intervention einiger Minister wie dem Luxemburger Jean Asselborn und der bulgarischen Ratspräsidentschaft konnte insbesondere der Skepsis Frankreichs begegnet und ein Kompromiss für Albanien und Mazedonien gefunden werden. Die Kommission konnte daraufhin mit den Verhandlungsvorbereitungen beginnen, der formelle Beginn wurde jedoch erst für Juni 2019, also nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, terminiert.³ Damit bleibt Albanien aufgefordert, das Reformtempo zu halten. Mit dem Beginn des „screening“ der Innen- und Justizpolitik (Kapitel 23 und 24) hat die Kommission im September 2018 begonnen.

* Der Beitrag gibt ausschließlich die Sicht des Autors wieder. Der Beitrag wurde vor dem 30. September 2018 verfasst.

1 Vgl. European Commission: Albania 2018 Report. Commission staff working document. Dok. SWD(2018)151 final vom 17. April 2018.

2 Adelheid Wölfel: Korrupte Richter und Staatsanwälte zittern in Albanien, in: Der Standard 17. Mai 2018.

3 Vgl. Council of the European Union: Enlargement and Stabilisation and Association Process. Council conclusions. Dok. 10555/18 vom 26. Juni 2018.

Trotz seiner Randlage im Hinblick auf die südosteuropäischen Migrationsrouten war auch Albanien von den Auswirkungen der überforderten EU-Grenz- und Migrationspolitik betroffen. Um seine Hilfsbereitschaft gegenüber der EU zu unterstreichen, willigte Albanien im Dezember 2017 in Verhandlungen über ein Truppenstatut, das die Stationierung und gemeinsame Einsätze mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) gestatten soll, ein. Das Abkommen soll im Oktober 2018 von der österreichischen Ratspräsidentschaft unterzeichnet werden und zügig in Kraft treten.⁴ Die EU verfolgt damit einen Ansatz der vorgelagerten und verstärkten Integration der Westbalkanländer in EU-Sicherheitsstrukturen.

Regionale Dynamik

Dem NATO-Mitglied Albanien ist es meist gelungen, Abstand zu ethno-nationalen und politischen Dynamiken in der Region zu halten. In den benachbarten NATO-Partnern Griechenland und Montenegro leben albanische Minderheiten, ebenso wie in Serbien. In Mazedonien genießt die albanische Minderheit, die knapp ein Viertel der Bevölkerung ausmacht, verfassungsrechtlich garantierte Rechte. Die Republik Kosovo, obzwar rechtlich ein multinationaler Staat, ist in den Augen vieler ein zweiter albanischer Nationalstaat. Im Umfeld der wiederaufgelebten Grenzdiskussion zwischen Serbien und Kosovo im Sommer 2018 intervenierte Ministerpräsident Edi Rama immer wieder mit Anspielungen zur verstärkten Integration von Albanien und Kosovo. Angesichts der Verhandlungen zwischen Mazedonien und Griechenland zur Namensfrage wurde Ramas Verhalten als wenig hilfreich betrachtet, da die albanische Bevölkerungsmehrheit in den Grenzregionen Mazedoniens zu Albanien und Kosovo gesellschaftlich und wirtschaftlich enge Beziehungen unterhält. Zur Wahrung der regionalen Stabilität ist daher eine Synchronisierung der Integrationsschritte von Albanien und Mazedonien durchaus sinnvoll. Ein Scheitern der mazedonischen Anstrengungen, die Blockade auf dem Weg zum EU-Beitritt zu lösen, könnte das Vertrauen der albanischen Bevölkerung in die Zukunft der Republik Mazedonien untergraben und zu einer verstärkten Hinwendung nach Albanien führen. Dabei führt jegliches Infragestellen bestehender Grenzen in der Region zu Unsicherheiten. Dem erfahrenen albanischen Außenminister Ditmir Bushati gelang es NATO- und EU-Partnern zu versichern, dass Ramas Äußerungen keinen Politikwechsel in Richtung „Großalbanien“ bedeuten.

Die abgeschwächte EU-Dynamik mag neben den historischen Beziehungen zwischen Tirana und Beijing eine Erklärung für den Aufwuchs chinesischer Investitionen sein. Diese gewinnen an Bedeutung, da die traditionell enge wirtschaftliche Verflechtung mit Italien und Griechenland angesichts schwachen Wachstums und politischer Unsicherheiten in beiden Ländern weiterhin stockt. Gleichzeitig kommen die regionalen Integrationsprojekte, wie der 2016 in Triest beschlossene gemeinsame Wirtschaftsraum der Westbalkanländer, kaum von der Stelle. Möglicherweise gelingt es der albanischen Politikerin Majlinda Bregu als neue Generalsekretärin des Regionalen Kooperationsrats der regionalen Kooperation und der weiteren EU-Integration frischen Wind zu verleihen.

Weiterführende Literatur

Elvin Gjevori: *Democratisation and Institutional Reform in Albania*, Cham 2018.

4 Die EU strebt solche Abkommen mit allen Westbalkanstaaten bis Ende 2018 an. Vgl. Status Agreement between the European Union and the Republic of Albania on actions carried out by the European Border and Coast Guard Agency in the Republic of Albania, Dok. 10290/18 vom 10. Juli 2018 abrufbar unter: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10290-2018-INIT/en/pdf> (letzter Zugriff: 1. Oktober 2018).